

# Die tschechoslowakischen Sozialdemokraten

Autor(en): **Brügel, J.W.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **52 (1973)**

Heft 6

PDF erstellt am: **23.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-338691>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

## **Die tschechoslowakischen Sozialdemokraten**

Die tschechoslowakische sozialdemokratische Exilpartei wird im September im Heim des Schweizerischen Bau- und Holzarbeiterverbandes in Gersau-Rotschuo eine Konferenz von Delegierten vieler Länder abhalten, und da mag es zweckmässig erscheinen, an dieser Stelle etwas über die Geschichte der Partei und die Probleme zu sagen, denen sich die tschechoslowakischen Sozialdemokraten im Exil gegenübersehen, um so mehr als mit dem grossen Flüchtlingsstrom von 1968 auch viele Sozialdemokraten in die Schweiz gekommen sind und da ein Asyl gefunden haben.

Die tschechoslowakische sozialdemokratische Bewegung geht bis in die siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts zurück und war immer schon im tschechischen Volk tief verwurzelt. Die auch im alten Österreich fortschreitende Industrialisierung der «böhmischen Länder» (Böhmen, Mähren und Schlesien) hat natürlich wesentlich dazu beigetragen. In der alten Internationale, wie sie vor dem Ersten Weltkrieg bestanden hat, hatten die tschechischen Sozialdemokraten den Ruf, viel nationales Wasser in ihren sozialistischen Wein zu giessen. Die konsequenten «Internationalisten» haben ihnen das damals schwer verdacht, aber der rückschauende Betrachter wird wohl heute dafür mehr Verständnis aufbringen, dass ein kleines, durch die Vorherrschaft des deutschen Elementes im alten Österreich mit seinen Germanisierungstendenzen immer in seiner Existenz bedrohtes Volk sich seiner Haut wehrt.

Auch nach der Errichtung der Tschechoslowakischen Republik 1918 war die Tendenz der Partei, die inzwischen die früher in der ungarischen Sozialdemokratie organisierten slowakischen Gesinnungsfreunde aufgenommen hatte und sich von nun an «Tschechoslowakische sozialdemokratische Arbeiterpartei» nannte, vor allem darauf gerichtet, die Existenz des neuen Staates zu sichern, dem sie ein sozialistisch-fortschrittliches Gepräge geben wollte. In den Jahren vor der Spaltung durch die Kommunisten waren die tschechoslowakischen Sozialdemokraten die weitaus stärkste Partei des Landes, gefolgt von den deutschen Sozialdemokraten als der zweitstärksten, die ihre organisatorische Selbständigkeit beibehielt. Zwischen den beiden Parteien gab es lange Gegensätze, die sich aus der beiderseitigen Geschichte ergaben und erst allmählich überwunden werden konnten, nachdem die Sozialdemokraten durch die Verselbständigung der kommunistischen Bewegung ihre führende Stellung verloren hatten, was dem tschechischen und slowakischen Bürgertum – gemeinsam mit Teilen des deutschen – ermöglichte, für eine Zeitlang das Staatsruder in die Hand zu bekommen. Von 1929 bis 1938 waren dann tschechoslowakische und deutsche Sozialdemokraten zusammen in einer Koalitionsregierung mit Vertretern des Bürgertums tätig und haben viel dazu beigetragen, dass die

Tschechoslowakei mitten in der konterrevolutionären Welle des internationalen Faschismus nicht nur eine Insel der Demokratie, sondern auch ein Vorposten des sozialen Fortschritts bis 1938 bleiben konnte.

1945, nach der Zertrümmerung des Dritten Reiches, ist die Tschechoslowakische Sozialdemokratische Partei neu erstanden – ohne einen gleichgesinnten deutschen Partner; denn den deutschen Sozialdemokraten wurde die Wiederaufnahme ihrer politischen Tätigkeit im Zuge des «Entdeutschungsprogramms» nicht bewilligt. Es wurde ihnen «nahegelegt», ihre politische Tätigkeit lieber in Deutschland fortzusetzen. Die alten Führer der tschechoslowakischen Sozialdemokratie wurden, soweit sie die Verfolgungen durch das Dritte Reich überstanden hatten, zur Zusammenarbeit in der neu geschaffenen Partei nicht zugelassen, die sich in dem damals von der Roten Armee besetzten Land unter Führung eines Mannes neu konstituierte, der früher in ihr nur eine Randerscheinung gewesen war, nämlich des Diplomaten Zdenek Fierlinger (geboren 1891, in den zwanziger Jahren Gesandter in Bern). Er war während des Krieges Botschafter in Moskau gewesen und hatte sich dort offenbar von den Kommunisten dazu bestimmen lassen, eine sozialdemokratische Partei aufzubauen, die allen Moskauer Wünschen gegenüber gefügig war. Aber sobald sich die Verhältnisse ein wenig konsolidiert hatten, regten sich die den unverfälschten Ideen des demokratischen Sozialismus treugebliebenen Funktionäre und brachten es auf dem Parteitag in Brünn im November 1947 zuwege, in demokratischer Abstimmung Fierlinger zu stürzen. Es war das letzte Aufbäumen demokratischer Kräfte in der Tschechoslowakei, das nicht wenig zu dem Beschluss der Kommunisten beitrug, es müsse dem Zustand durch Gewalt ein Ende bereitet werden, in dem sich seit 1945 die Kommunisten mit den Nichtkommunisten die Macht im Lande teilten. Vor 25 Jahren, im Februar 1948, führten die Kommunisten dann in einem Land, in dem sie sich vorher der entscheidenden Machtpositionen versichert hatten, ihren Umsturz durch und richteten ihre schrankenlose Gewaltherrschaft auf. Der Putsch im gesamtstaatlichen Massstab war von einem kleineren Putsch innerhalb der Sozialdemokratischen Partei begleitet: der abgesetzte Parteiführer Fierlinger liess durch eine kommunistische «Kampftruppe» das sozialdemokratische ZentralparteiSekretariat in Prag besetzen. Er übernahm wieder die «Macht», die er mit seinen Anhängern dazu benutzte, die Sozialdemokratische Partei auf dem Umweg über die Tragikomödie eines «Vereinigungs-Parteitages» ganz in die kommunistische Partei einzugliedern. Nur ein Teil der Parteimitgliedschaft machte den Übergang in die kommunistischen Reihen mit, aber Tatsache ist, dass damit die legale Existenz der Sozialdemokraten im Lande ausgelöscht war. Eine Reihe von Parteifunktionären, die sich dem kommunistischen Diktat nicht unterwerfen wollten, konnte damals ins Ausland entfliehen. Sie haben dann die Exilpartei aufgebaut, die von der Sozialistischen Internationale anerkannt wurde und sich bemühte, den zumindest

symbolischen Fortbestand einer tschechoslowakischen Sozialdemokratie zu sichern. Man verrät kein Geheimnis, wenn man sagt, dass es in der Exilpartei die in solchen Fällen üblichen polemisch ausgetragenen Differenzen in der Beurteilung der dem Februar-Putsch vorangegangenen Taktik gab. War es richtig oder war es nur unvermeidlich gewesen, mit den Kommunisten von 1945 an in der Regierung zusammengearbeitet zu haben? Hätte man durch eine andere Taktik dem Unheil vorbeugen können? Auf solche Fragen wird es wohl nie eine allgemein akzeptable Antwort geben.

In den Jahren nach 1948 waren die im Land verbliebenen Sozialdemokraten wiederholt Verfolgungswellen ausgesetzt. Viele sind in den Gefängnissen gestorben, und erst Anfang der sechziger Jahre gelang es vorwiegend durch auswärtige Intervention, die Freilassung der Inhaftierten zu erzielen, die überlebt hatten. Als sich dann im Jahre 1968 der Druck zu mindern begann, traten fünf alte sozialdemokratische Funktionäre, die alle ihrer Überzeugung wegen zehn bis vierzehn Jahre in kommunistischen Kerkern gesessen hatten, mit einer Erklärung über die Neukonstituierung der Sozialdemokratischen Partei an die Öffentlichkeit. Sie bezeichneten den Verschmelzungsparteitag von 1948 als einen Gewaltakt, der von der Parteimitgliedschaft nie als ein regulärer Beschluss anerkannt worden sei, die Sozialdemokraten in die Kommunistische Partei überzuführen. Da die Partei seinerzeit gewaltsam an der Weiterführung gehindert worden war, sei keine formelle Neugründung notwendig, sondern die Partei trete wieder automatisch in die ihr zukommende Position ein. Die damals in Prag am Ruder befindlichen Reformkommunisten versetzte diese Erklärung in nicht geringe Verlegenheit. Einerseits waren sie zweifellos ehrlich bestrebt, die Sünden der Vergangenheit zu liquidieren und populären Forderungen entgegenzukommen – und wenige Forderungen waren so populär wie die nach der Wiederbelebung einer Sozialdemokratischen Partei. Andererseits sahen die Reformkommunisten das von ihnen angestrebte Monopol zur Herbeiführung normaler Zustände durch das Dazwischentreten einer durch die Sünden der Vergangenheit unbelasteten Sozialdemokratischen Partei bedroht, in der auch viele enttäuschte Kommunisten die Garantie sehen konnten, dass das Kind nicht mit dem Bade ausgeschüttet werden musste und soziale Errungenschaften nicht nur erhalten, sondern demokratisch untermauert werden konnten. Obwohl die neu ins Leben getretene Partei überhaupt kein Büro hatte, sondern nur ein Postfach als Adresse angeben konnte und keineswegs in der Lage war, in der Öffentlichkeit propagandistisch aufzutreten, hatte sie doch im Laufe von wenigen Wochen 200 000 Mitgliederanmeldungen und Ortsgruppen fast im ganzen Staatsgebiet. Das Dubcek-Regime konnte sich weder entschliessen, das politische Auftreten der Sozialdemokraten zu verbieten, noch auch es irgendwie zu sanktionieren. Das vorbereitende Komitee der Sozialdemokratischen Partei ging, nachdem Moskau im Juli 1968 öffentlich das Wie-

derauftreten der Sozialdemokraten als eine von Dubceks Sünden kritisiert hatte, dann auf den Vorschlag ein, alle weiteren Entscheidungen bis nach dem Stattfinden des für den September 1968 einberufenen kommunistischen Parteitages zu verschieben. Aber eines der Hauptmotive für die Invasion vom 21. August 1968 war, dass Moskau das legale Stattfinden dieses Parteitages, der die diskreditierte alte Parteiführung vollends beseitigt hätte, nicht zulassen wollte.

Die Invasion zerstörte natürlich jede Möglichkeit, den Gedanken der Neubelebung der Sozialdemokratie im Augenblick weiterzuverfolgen, doch in dem ihr unmittelbar folgenden Durcheinander gelang es einer grösseren Zahl von sozialdemokratischen Funktionären, ins freie Ausland zu flüchten und mit ihren schon von früher her in Emigration befindlichen Gesinnungsgenossen Kontakt aufzunehmen. Natürlich haben Menschen, die zwanzig Jahre unter den Bedingungen einer brutalen Diktatur leben mussten, in bezug auf die politische Taktik und in der Beurteilung von Personen andere Auffassungen als jene, die die Freiheit früher erreicht hatten, ohne das Wüten der Diktatur am eigenen Leibe verspüren zu müssen. Aber auch zwischen den Neuankömmlingen bestehen nicht unbedingt gleichartige Auffassungen: unter ihnen sind vereinzelt, die sich 1948 dem Aufgehen der Sozialdemokratie in der Kommunistischen Partei nicht widersetzen und, ungleich der Mehrheit, ihren Irrtum erst später einsahen. Die Konferenz in Gersau soll nun versuchen, im Wege eines Austausches von Erfahrungen die Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen und eine gewisse Einheitlichkeit der politischen Haltung sicherzustellen. Dass es fünf Jahre gebraucht hat, bevor die Konferenz zustande kam, versteht man, wenn man sich vergegenwärtigt, dass jene, die die Heimat 1968 und später verlassen haben, sich erst – in Europa, Amerika oder Australien – eine bescheidene Existenz schaffen mussten, ehe sie an politische Zusammenarbeit über Kontinente hinweg denken konnten. Es ist nicht leicht, politische Gespräche mit Gesinnungsgenossen zu organisieren, die viele tausend Kilometer voneinander entfernt leben.

Nach dem heroischen Aufbäumen des Jahres 1968 hat sich die Situation in der Tschechoslowakei wieder verhärtet, und im Augenblick kann man kaum damit rechnen, dass sich der auf der Bevölkerung liegende Druck vermindern wird. Aber wenn es doch einmal anders kommen sollte, wird es wenige andere Länder geben, in denen die Verbindung von Demokratie und Sozialismus so der begeisterten Zustimmung der breitesten Schichten der Bevölkerung sicher sein kann. Das wird die Stunde der jetzt im Exil tagenden Partei sein, sei es auch in neuen Formen und mit einer neuen Generation von Funktionären.